

[English original text](#)

[Version française](#)

[Versión española](#)

Aufruf zur Annahme eines Zusatzprotokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention über das Recht auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt

An die Minister für auswärtige Angelegenheiten und die Ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten beim Europarat

Exzellenzen,

Wir, Organisationen der Zivilgesellschaft, soziale Bewegungen [und Organisationen indigener Völker], die dieses Schreiben unterzeichnen, fordern die rasche Anerkennung des Menschenrechts auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt durch ein Zusatzprotokoll zur Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Diese Forderung spiegelt eine Kernpriorität für Kinder, Jugendliche und viele andere Gruppen auf dem gesamten Kontinent wider und wird von einer breiten Koalition von Organisationen [die sich für Menschenrechte, Umweltschutz, Gleichstellung der Geschlechter, soziale Eingliederung sowie Gewerkschaften und Glaubensgemeinschaften einsetzen] unterstützt.

Die negativen Auswirkungen der dreifachen planetarischen Krise - Klimawandel, Umweltverschmutzung und Verlust der biologischen Vielfalt - sind für alle Menschen in den Mitgliedstaaten des Europarates spürbar. Auf dem gesamten Kontinent sterben jedes Jahr mehr als 300.000 Menschen vorzeitig an den Folgen der Luftverschmutzung. Die sich beschleunigende Klimakrise führt zu noch nie dagewesenen Hitzewellen, anhaltenden Dürren, wiederholten Überschwemmungen, dem Anstieg des Meeresspiegels und verheerenden Waldbränden, die Gemeinden und Ökosysteme verwüsten. Vom Mittelmeer bis zum Polarkreis brechen ganze Ökosysteme zusammen, und die Gemeinschaften leiden unter den Folgen des unumkehrbaren Verlusts der biologischen Vielfalt, der die Versorgung mit sauberem Trinkwasser beeinträchtigt, zu schlechter Luftqualität beiträgt, die Ernährungssicherheit bedroht, die Widerstandsfähigkeit der Gemeinschaften schwächt und kulturelle Praktiken auslöscht. Infolgedessen wachsen die jüngeren Generationen mit neuen Formen von Ängsten auf. Diese Krisen verschärfen die bestehenden Ungleichheiten und beeinträchtigen am stärksten die Menschenrechte derjenigen, die sich bereits in einer marginalisierten Situation befinden.

In zweiundvierzig der sechsundvierzig Mitgliedstaaten des Europarates ist das Recht auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt bereits durch nationale Verfassungen, Gesetze, Gerichtsentscheidungen oder als Vertragspartei des Aarhus-Übereinkommens geschützt. Das Ausmaß der Schäden für die Menschen in Europa und die Bedeutung eines einheitlichen Ansatzes bei der Auslegung und Umsetzung des Rechts auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt

machen es für den Europarat dringend erforderlich, entscheidende Schritte zur Annahme eines verbindlichen Rechtsrahmens zu unternehmen, der das Recht auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt anerkennt und schützt.

Die Verabschiedung eines Zusatzprotokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention wäre die schlagkräftigste und wirkungsvollste menschenrechtsbasierte Antwort auf die Umweltkrise. Sie würde eine Lücke im Menschenrechtsschutz schließen, zu einer Klärung der erforderlichen politischen Maßnahmen führen und die Rechenschaftspflicht fördern, die für den Schutz heutiger und künftiger Generationen unerlässlich ist. Sie würde den rechtlichen Schutz des Rechts auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt in ganz Europa verstärken und konsolidieren und so die Wahrnehmung aller Menschenrechte weiter gewährleisten. Außerdem würde sie den Regierungen auf dem Kontinent zusätzliche Rechtsnormen an die Hand geben, um ihre Politik gegen Übergriffe und missbräuchliche Klagen von Unternehmen zu verteidigen.

Das Recht auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt ist von internationalen und regionalen Gremien anerkannt worden. Der UN-Menschenrechtsrat hat dieses Recht im [Oktober 2021 in einer Resolution](#) anerkannt, und die [UN-Generalversammlung folgte diesem Beispiel im Juli 2022](#). Bezeichnenderweise stimmte jeder einzelne Mitgliedstaat des Europarats für die Resolution der UN-Generalversammlung. Auf dem Gipfeltreffen des Europarates in Reykjavik verpflichteten sich alle Staats- und Regierungschefs der 46 Mitglieder des Europarates, "ihre Arbeit im Europarat zu den Menschenrechtsaspekten der Umwelt auf der Grundlage der politischen Anerkennung des Rechts auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt als Menschenrecht zu verstärken". Dieses Menschenrecht wird auch in den wichtigsten Menschenrechtsverträgen anderer Regionen anerkannt, insbesondere in der Afrikanischen Charta der Menschenrechte und der Rechte der Völker sowie im Zusatzprotokoll zur Amerikanischen Menschenrechtskonvention von 1988.

Angesichts der wachsenden regionalen und globalen Anerkennung dieses Rechts sind wir überzeugt, dass ein Zusatzprotokoll die bestehenden Verpflichtungen zur Achtung, zum Schutz und zur Erfüllung des Menschenrechts auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt verstärken würde. Das Protokoll würde auch zu weiteren und fortschrittlicheren gesetzlichen und politischen Standards anregen. Es würde diejenigen Mitgliedstaaten des Europarates, die das Recht noch nicht rechtlich anerkannt haben, dazu ermutigen, seine Anerkennung zu bekräftigen und eine gerechte, gemeinsame Verantwortung der Staaten für den Schutz einer gesunden Umwelt zu fördern.

Die dreifache Planetenkrise und die zunehmenden Auswirkungen der Umweltzerstörung auf die Menschenrechte haben zu einer Zunahme der diesbezüglichen Fälle vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte geführt, ein Trend, der sich voraussichtlich fortsetzen wird. Zwar hat der Gerichtshof bereits die Verpflichtung der Staaten zum Schutz bestehender Menschenrechte - wie dem Recht auf Leben (Artikel 2) und dem Recht auf Privat- und Familienleben (Artikel 8) - vor Umweltgefahren bekräftigt und damit eine wachsende Rechtsprechung im Bereich der Umweltmenschenrechte geschaffen¹, doch würde ein Zusatzprotokoll die Rechtsprechung des Gerichtshofs konsolidieren und kohärenter machen und zu mehr Rechtssicherheit beitragen.

Der ausdrückliche Schutz des Rechts auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt im Rahmen der Europäischen Menschenrechtskonvention würde die positiven Verpflichtungen der Staaten zur Durchführung von Schutzmaßnahmen und -politiken verdeutlichen. Dies würde dazu beitragen,

¹ Siehe zum Beispiel, [Manual On Human Rights And The Environment](#) (3. Auflage), Europarat, Februar 2022.

Menschenrechtsverletzungen zu verhindern, die den Genuss anderer Rechte beeinträchtigen. Dazu gehören nicht nur die in der Konvention enthaltenen Rechte auf Leben, auf Privat- und Familienleben und das Verbot grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung, sondern auch andere Rechte wie Gesundheit, Nahrung, Wasser und Kultur. Der Schutz dieses Rechts ist besonders wichtig für diejenigen, die am stärksten von Umweltschäden bedroht sind, wie Kinder, junge Menschen, Frauen, indigene Völker, nationale Minderheiten, in Armut lebende Menschen, Menschen mit Behinderungen, ältere Menschen, Flüchtlinge und Migranten, Vertriebene und andere unverhältnismäßig stark betroffene Gruppen.

Die Anerkennung dieses übergreifenden Rechts würde den bestehenden Rechtsrahmen ergänzen und verstärken und die grundlegende Bedeutung einer sauberen, gesunden und nachhaltigen Umwelt für alle Aspekte der Menschenwürde, Gleichheit und Freiheit bekräftigen. Im Einklang mit dem subsidiären Charakter des Schutzsystems der Konvention würde es dem Gerichtshof ermöglichen, seine derzeitige Rechtsprechung im Umweltbereich beizubehalten und gleichzeitig eine zusätzliche Rechtsgrundlage in Fällen zu schaffen, die Staaten betreffen, die das Zusatzprotokoll ratifizieren.

Im Rahmen eines rechtsverbindlichen Protokolls würde der Schutz des Rechts auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene ein deutliches Zeichen setzen und das Engagement der Mitgliedstaaten für die Bewältigung der dreifachen planetarischen Krise demonstrieren und bekräftigen. Es wäre auch ein unmissverständliches Zeichen der Solidarität für Umwelt- und Menschenrechtsaktivisten, die derzeit einen hohen Preis für ihren Einsatz zahlen.

Angesichts der beispiellosen Krisen ist es an der Zeit, dass der Europarat sein Mandat zur Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten in allen Mitgliedstaaten erfüllt und bekräftigt, indem er das Recht auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt durch die Annahme eines Protokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention anerkennt und schützt.

[Organisatorische Unterstützung](#)